



Erscheinungswöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen. Das Leben im Bild und Das Leben im Wort. Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postämtern 0.85 Mk.

Schriftleitung: Wlth. Sauer in Köhleben. Druck, Verlag und Briefabfertigung: Sauerische Buchdruckerei, Köhleben. Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weib, Markt 34/35. Fernsprecher: Amt Köhleben Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22332

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Willmetzerzeile 5 Pf. die 90 mm breite Willmetzerzeile im Rahmen 15 Pf. Anzeigenannahme an Dienstagen bis 12 Uhr mittags. Bankkonten: Stadtparisse Nebra — Bankverein Artien.

Die innenpolitische Krise.

Ein sozialdemokratischer Vorschlag. Die in politischen Kreisen vielfach gehegte Hoffnung, die Klärung der innenpolitischen und parlamentarischen Lage bis nach Weihnachten zu versetzen, scheint sich nun doch nicht erfüllen zu sollen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat nämlich einen Beschluß gefaßt, daß sie zwar zu Verhandlungen über die Bildung der Großen Koalition bereit sei, gleichzeitig betont sie aber in diesem Beschluß, daß vor den Verhandlungen die letzte Reichsregierung zurücktreten müsse. Dieser Beschluß der Sozialdemokraten hat in Kreisen der Regierungsparteien Verwirrung und Unruhe ausgeführt, um so mehr, als auch die Führer der Regierungsparteien in Besprechungen mit den Reichsministern dahin übereingekommen waren, mit den Sozialdemokraten über die Frage der Bildung der Großen Koalition zu verhandeln.

Das Reichsministerium hat sich sofort mit dem Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beschäftigt. Das Ergebnis dieser Besprechungen ist darin zusammenzufassen, daß das Reichsministerium den Beschluß der Sozialdemokraten als eine Verstärkung empfunden und nicht zurücktreten wird. Das Reichsministerium beschließt vielmehr, sich dem Beschluß in offener Weise entgegenzusetzen. In diesem Sinne hat das Ergebnis der gegen die Reichsregierung eingebrachten Mißtrauensvoten abwarten will.

Dieses Ergebnis wird natürlich von der Haltung der Deutschnationalen Volkspartei her bestimmt sein. Die Regierung hat sich nicht bereit erklärt, die Sozialdemokraten an der Regierung zu beteiligen. Die Sozialdemokraten haben sich nicht bereit erklärt, die Sozialdemokraten an der Regierung zu beteiligen. Die Sozialdemokraten haben sich nicht bereit erklärt, die Sozialdemokraten an der Regierung zu beteiligen.

Morg vor dem Reichstage.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Lesung der Vorlage zur Verlängerung des Schutzgesetzes für die Patentinhaber.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat durch Beschluß vom 9. Dezember festgestellt, daß sie eine Entschiedenheit über die künftige Gestaltung der Reichsregierung für notwendig halte und daß sie diese Entschiedenheit bei der dritten Lesung des Mißtrauensvotums herbeiführen werde.

Die Erklärung des Reichsanzegers.

Die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei hat durch Beschluß vom 9. Dezember festgestellt, daß sie eine Entschiedenheit über die künftige Gestaltung der Reichsregierung für notwendig halte und daß sie diese Entschiedenheit bei der dritten Lesung des Mißtrauensvotums herbeiführen werde.

Regierung entschlossen ist, nicht zurückzutreten. Der Reichstag hat die Entschließung des Reichstages über die Bildung der Großen Koalition angenommen.

Deutschnationale und Völkische verlassen den Saal. Die Regierung hat sich nicht bereit erklärt, die Sozialdemokraten an der Regierung zu beteiligen.

Die Regierung verweigert die Reichswehr. Die Reichswehr ist eine unauflösliche Institution, die dem Reich zu dienen hat.

Der deutschnationale Redner. Die Regierung hat sich nicht bereit erklärt, die Sozialdemokraten an der Regierung zu beteiligen.

Sozialdemokratisches Mißtrauensvotum gegen die Reichsregierung. Berlin. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat durch Beschluß vom 9. Dezember festgestellt, daß sie eine Entschiedenheit über die künftige Gestaltung der Reichsregierung für notwendig halte.

Politische Rundschau. Deutsches Reich. Die Sozialdemokratische Fraktion hat durch Beschluß vom 9. Dezember festgestellt, daß sie eine Entschiedenheit über die künftige Gestaltung der Reichsregierung für notwendig halte.

Die Reichsminister im Monat November. Berlin. Die Einkünfte des Reiches aus Weizen und Roggen betragen 40.202.718 Mark für die Zeit vom 1. April bis 30. November 1926.

Der Reichsanzeiger. Berlin. Die Einkünfte des Reiches aus Weizen und Roggen betragen 40.202.718 Mark für die Zeit vom 1. April bis 30. November 1926.

Der Reichsanzeiger. Berlin. Die Einkünfte des Reiches aus Weizen und Roggen betragen 40.202.718 Mark für die Zeit vom 1. April bis 30. November 1926.

Der Reichsanzeiger. Berlin. Die Einkünfte des Reiches aus Weizen und Roggen betragen 40.202.718 Mark für die Zeit vom 1. April bis 30. November 1926.



Bügeleisen	fohret 12 mal	R.M. —.90
Kochtopf 1 Str.	12 mal	R.M. 1.65
Geizlifen	12 mal	R.M. 1.10
Heizlonne	12 mal	R.M. 1.50
Stromfliche	12 mal	R.M. 1.50
Haartrockner	12 mal	R.M. 2.25
Staubfanger	12 mal	R.M. 10.00

— einschließlich Zuleitungen —

## Mietweise

überlassen wir unseren Stromabnehmern  
**Motoren, Heiz- und Kochapparate, Licht- u. Kraftanlagen** jeden Umfanges.  
 Nach 12 Monaten Eigentum des Mieters.  
**Landkraftwerke**  
 Fernruf 221.

3 PS Motor	fohret 12 mal	R.M. 16.65
einschließlich Anlaßer		
5 PS Motor	fohret 12 mal	R.M. 25.00
einschließlich Anlaßer		
Schleifmotor 10 PS	fohret 12 mal	R.M. 12.50
mit biegsamer Welle		
Kartoffeldämpfer	fohret 12 mal	R.M. 19.85
3½, 50 ½, Kartoffeln		
Warmwasserspeicher	fohret 12 mal	R.M. 20.00
(50 Str. 3½)		

# Puppenwagen und Sportwagen neu eingetroffen Wilhelm Sauer, Rossleben.

## Turnverein Nebra (D. T.)

In unserem am 3. Weihnachtsfeiertage, Montag, den 27. Dezember, im Saale des „Rechtlichen Hof“ stattfindenden

### Weihnachtsvergnügen

haben wir die geehrte Einwohnerschaft von Nebra und Umgegend herzlichst ein.

**Der Vorstand.**

**I. Teil**

1. Weihnachtsmarsch! — Hofmann
2. Ouverture & Operette „Banditenfreude“ — Suppe
3. Prolog, gesprochen von H. V.
4. Pyramiden.
5. Rhythmische Uebungen der Turnerinnen
6. Monnaie für Hilde. (Sollt Herr Osterburg.) — Bogie
7. Deutschlands Heldenkampf

Waltische Gruppen in 6 Bildern mit Musikbegleitung.

**II. Teil**

8. Deutschlands Waisenhof. — Blantenburg
9. Scherzredenreigen der Turnerinnen. — Schuller
10. Am Weihnachtsabend. — Fantasia.
11. Die 8 Wauerblüthen. — Zerst. von H. V., H. V., H. V.
12. Fantasia a. d. Operette „Die Negermaus“ — Strauß.
13. Der liebe Onkel.

Schwantoprette von Jean Wapheim in 1 Vorpiel und 1 Akt.  
 Personen:  
 August Schmitz, Tischler — Herr Sch. —  
 Konrad Klein, Handlungsgehilfe — Herr Sch. —  
 Johann Schmitz — Herr W. —  
 Ida, seine Tochter — Herr W. —  
 u. Lotteminny — Herr W. —  
 Frau Schmitz — Herr W. —  
 Josef, Diener bei Schmitz — Herr W. —  
 Hulde, Dienstmädchen bei Schmitz — Herr W. —  
 Ein Schatzmann — Herr W. —

14. Die Ehrenwache. — Dehnbardt.  
 Aufführung 6 1/2 Uhr

**Preis der Plätze:**  
 1. Platz (nummeriert) 1.— M., 2. Platz 75 Pf., Gallerie 50 Pf.  
 Eintrittskarten sind vom Sonntag, den 19. Dezember ab beim Vorstehen Herrn Klein zu haben.

## Original Miele

Kleinmolkerei  
 Die beste Einnahmequelle für den Landwirt.  
 Das Ideal jeder Gutsfrau.

### Mielewerke

Aktiengesellschaft  
 Grösste Spezialfabrik Deutschlands  
**Güterloh i. Westf.**  
 Zweigfabrik Bielefeld

## Reizende Weihnachts-Geschenke

in großer Auswahl

**EDUARD SCHOTTE**

In Nebra bei  
**W. Gutsmuths**

Für Weihnachts-empfehle:  
**Obst- und Gemüsekonserven** zu mäßigen Preisen.  
 Ww. Meitz.

**H. Feitbüchlinge und Sprossen** empfiehlt  
 Ww. Meitz.

## Der oberthüringische Wanderer

Verlag: Gleiwitz, Begründet 1828

Bei weitem verbreitetste Tageszeitung Oberthüringens  
 Erfolgreichstes Anzeigenblatt

## SINGER

MIT MOTOR u. NÄHLICHT  
 Das nützlichste Weihnachts-Geschenk

SINGER NÄHMASCHINEN AKTIENGESELLSCHAFT  
 Halle, Leipzigerstr. 23.  
 Vertretung in Querfurt: **H. Teichmann, Klippe II**  
 Erleichterte Zahlungsbedingungen.

## Ihr Retter

in täglichen Lebenskampf ist die Schulung Ihrer Intelligenz

**Treiben Sie Denksport** nach Ministerialrat Dr. Beyer, dem bekanntesten Schöpfer des **Denksport**

Zeitschrift für geistig Regsame.  
 Probehefte RM 1.—  
 Prospekte kostenlos.  
 Abonnements (6 Hefte nur RM 4.80)  
 durch die Buchhandlung:

**Wilhelm Sauer, Rogleben.**  
**Radiohandlung Rogleben.**  
 Franz Fürkmann, Wendelsteinstr. 7

Sämtliche Radio-Markenapparate und Zubehörteile. Bauteile, Einzelteile. Feine Metallspielwaren. Märklin-Metall-Baukästen. Radioanlagen und Reparaturen werden sauber, billig und vorchriftsmäßig ausgeführt

Thüringer  
**Hausschlachtewurst**  
 in bester Qualität  
**Gemüse-Konserven, Südfrüchte**  
**Fischmarinaden, Oelsardinen**  
**Tafelschokoladen**  
 in großer Auswahl  
 preiswert und vorzüglich im Geschmack.

**Bohnenkaffee**  
**Lebkuchen**  
**Tyroler Herzen** La. Blumenkohl  
 Leckerln-Waffeln

Sämtliche Artikel zur Weihnachtsbäckerei.  
**O. Herrmann.**  
 Beachten Sie bitte meine Schaufenster

17199

**Bekanntmachung.**

Die Auszahlung der Sozial- und Kleinrentnerunterstützungen für den Monat Dezember d. J. erfolgt am Dienstag, den 21. Dezember d. J., vormittags von 10 bis 12 Uhr in der Stadtkasse. Nebra, den 17. Dezember 1926.

Der Magistrat. Stattdamm.

**Weihnachtsdank**

der Kleinkinderschule Nebra.

Wie schon so oft, so hat auch in diesem Jahre Herr und Frau Baron von Hellborn unsere Kinder wieder reich mit praktischen Gaben bedacht. Wir Eltern der Kinder sagen hierdurch der Schlichtfertigkeit unserer herzlichsten Dank und wünschen ihr ein reich gesegnetes neues Jahr!

**Kriegerverein Nebra**

In unserer

**Weihnachtsfeier**

am 1. Feiertag, abends 8 Uhr, im „Schützenhause“, laden wir Freunde und Kameraden hierdurch ergebenst ein. Der Vorstand.

**Der zweite Weltkrieg**

1927 bis 1933 aus dem Englischen überf. von Baron von Luderitz Beschlagsnaht gewesen, wieder freigegeben! Aufsehenerregend schildert eine Schrift die ungeheuren Verwüstungen, die im April 1927 über Europa hereinbrachen. Ferner

**Der kommende Freiheitskrieg und Rückkehr Kaiser Wilhelm II.**

Beide Schriften zusammen gegen Vorkaufsendung von M. 1.— (in Brief oder M. 1.40 franco Nachnahme zu beziehen von Buchversand P. Elsner, Stuttgart, Schloßstr. 57B

Schenken Sie praktisch! Schenken Sie gut! Schenken Sie preiswert!

**Die grösste Auswahl**

bietet Ihnen mein Lager in allen Abteilungen

**Friedrich Krey**  
(Inhaber: Emil Krey)

**An unsere Stromabnehmer!**

Es ist dringend erforderlich, alle elektrischen Einrichtungen in regelmäßigen Zeitabschnitten nachprüfen zu lassen. Ordnungsmäßig unterhaltene Anlagen sind betriebs- und feuericher, vernachlässigte Anlagen führen zu Störungen und Unfällen. Sicherungen dürfen niemals durch Draht oder Metallteile überbrückt werden! Gefährliche Sicherungen sind unwirksam und bedeuten eine hohe Gefahr für die Anlagen.

Es empfiehlt sich, Zinkanlagen wegen Erd- und Kurzschlussgefahr gegen Kupferleitungen auszuwechseln. Reparaturen oder Änderungen dürfen nur durch unsere Installationsabteilung oder durch von uns zugelassene Installateure ausgeführt werden. Weitere Auskünfte werden jederzeit bereitwillig erteilt.

**Landkraftwerke.**

**Stadt-Lichtspiele Preuss. Hof**

Sonntag, den 19. Dez., abends 8 Uhr:

Das große Filmdrama:

**Der Schrei aus den Lüften.**

Hauptrolle: Albin-Ethin-Ethin.

Ferner:

**Ein Mädel vom Zirkus.**

Eintrittspreise: 75 Pf. und 50 Pf.

Trotz der hohen Leihmiete kein Anschlag.

Nachmittag 3 Uhr:

**Kinder-Vorstellung.**

Es ladet freundlichst ein **Max Borgwardt**

**Treffler**  
Hausfrauentuch



Diese Wäscheleiste in den gangbarsten Qualitäten, auch in Weichnachsparungen — 10 Meter — zu den niedrigsten Preisen empfiehlt

**Friedrich Krey**  
Inh. Emil Krey,  
Nebra (Anst.)

**Für den Weihnachtstisch**

finden Sie in meinem Hause alles, was Sie wünschen!

**Denkbar billigste Preise**

**Große Auswahl**

**Anerkannt beste Qualitätsware**

**Richard Riedel,**

**Artern**

# Zeitung

Amthliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Neuba

Erscheinung zweimal wöchentlich mit Sonnabend  
mit den illustrierten Wochenbeilagen  
„Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat:  
Bei der Geschäftsstelle und den Postämtern 0.85 Mk.

Schriftleitung: Wlth. Sauer in Koblentz.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.  
Geschäftsstelle in Neuba: Frau Kaufmann Weib, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen tarifar: die 49 mm breite Millimeterzeile 5 Pf.,  
die 60 mm breite Millimeterzeile im Hellmetall 15 Pf.  
Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten:  
Stadtsparkasse Neuba — Bantvereinieren.

Nr 101

Sonnabend, den 18. Dezember 1926.

39. Jahrgang.

## Die innenpolitische Krise.

Ein sozialdemokratischer Vorstoß.  
Die in politischen Kreisen vielfach gehegte Hoffnung, die Klärung der innenpolitischen und parlamentarischen Lage bis nach Weihnachten zu verschieben, scheint sich nun doch nicht erfüllen zu sollen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat nämlich einen Beschluß gefaßt, daß sie zwar zu Verhandlungen über die Bildung der Großen Koalition bereit sei, gleichzeitig betont sie aber in diesem Beschluß, daß vor den Verhandlungen die jetzige Reichsregierung zurücktreten müsse. Dieser Beschluß der Sozialdemokraten hat in Kreisen der Regierungsparteien Verwirrung hervorgerufen, um so mehr, als auch die Führer der Regierungsparteien in Besprechungen mit den Reichstagsfraktionen dahin übereingekommen waren, mit den Sozialdemokraten über die Frage der Bildung der Großen Koalition zu verhandeln.

Das Reichstagsabgeordnete hat sich sofort mit dem Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beschäftigt. Das Ergebnis dieser Kabinetsbesprechung ist dahin zusammenzufassen, daß das Reichstagsabgeordnete den Beschluß der Sozialdemokraten als eine Verstärkung empfände und nicht zurücktreten wird. Das Reichstagsabgeordnete beabsichtigt vielmehr, sich dem Reichstag in offener Rede zu erklären, d. h. also, daß es erst das Ergebnis der gegen die Reichsregierung eingeleiteten Wahlprüfungen abwarten will.

Dieses Ergebnis wird natürlich von der Haltung der deutschnationalen Volkspartei stark beeinflusst werden. Wie es heißt, sollen die Deutschnationalen zur Ablehnung eines Wahlauswahns nur dann bereit sein, wenn der Reichstagsabgeordnete den öffentlichen Antrag auf Verhandlungen über eine Regierungsbildung mit den Deutschnationalen an sie richten würde. Vorherhand scheint Reichstagsabgeordnete Dr. Marx hierzu jedoch nicht geneigt zu sein. Erheben die Sozialdemokraten, die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, Abg. Dr. Zehner, allerdings nur für seine Person, inoffiziell eine Forderung, nämlich mit dem Abgeordneten Grafen Bessler herbeizuführen, die der Klärung der Frage eines eventuellen Eintritts in die Reichsregierung dienen sollte.

## Marx vor dem Reichstage.

(252. Sitzung.) CB. Berlin, 18. Dezember.  
Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Lesung der Vorlage zur Verlängerung des Sprenggesetzes für die Rückenscheinverbindungen.  
Abg. Dr. Winter (D. V.) empfand im Namen des Reichstagsabgeordneten die Annahme. Der Ausschuß hat dem Artikel 2 eine neue Fassung gegeben, wonach die Länder ermächtigt werden, im Falle der Gefährdung zu bestimmen, daß die Rückenscheinverbindungen geordnet und über die Beteiligungsbefugnisse, nur mit Zustimmung des Landes an Dritte übertragen werden können.  
Nach unentschiedener Debatte wurde das Gesetz in zweiter und auch in dritter Lesung schließlich einstimmig mit der verfassungsmäßigen Zweidrittelmehrheit angenommen.  
Es folgte die dritte Lesung des Budgetgesetzes. Diese wurde einstimmig durch eine Mehrheit des Reichstages Dr. Marx im Namen der Reichsregierung.

## Die Erklärung des Reichstagsabgeordneten.

Die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei hat durch Beschluß vom 5. Dezember festgestellt, daß sie eine Entscheidung über die künftige Gestaltung der Reichsregierung für notwendig halte und daß sie diese Entscheidung bei der dritten Lesung des Budgetgesetzes herbeizuführen werde. Die Reichsregierung ließ sich demgegenüber von dem Gedanken leiten, daß angesichts der außerpolitischen Lage und der dadurch geschaffenen Notwendigkeit, für die Lösung einiger bedeutsamer Fragen in der nächsten Zeit eine Entscheidung herbeizuführen, die Verhandlungen mit der Sozialdemokratischen, als der einzigen Oppositionspartei, zur Erzielung einer Verbesserung der Regierungsbefugnisse ergreifen. Die Regierungsparteien billigten ohne Ausnahme diesen Beschluß, so daß am Nachmittag des 18. Dezember der Sozialdemokratischen Partei mitgeteilt werden konnte, die Reichsregierung sei in Übereinstimmung mit den Regierungsparteien bereit, in Verhandlungen mit der sozialdemokratischen Fraktion einzutreten, mit dem Ziel der

### Bildung der Großen Koalition.

Die sozialdemokratische Fraktion hat dann bekanntlich gestern Abend 10 Uhr zwar zu Verhandlungen über die Bildung der Großen Koalition bereit erklärt, gleichwohl aber den Eintritt der Reichsregierung verlangt. Die von der Reichsregierung und den Regierungsparteien beabsichtigten Verhandlungen mit der sozialdemokratischen Fraktion hatten ihren Fortgang genommen, ohne daß die Minister der Reichsregierung sich in irgendeiner Weise äußern wollten. Der geforderte Rücktritt der Reichsregierung müßte für längere Zeit zu einer nur zeitweiligen Regierung führen, in einer demnach dem Reichstagsabgeordneten eine solche Lösung der Krise unmöglich erscheint. Die Reichsregierung vermag die Verantwortung für einen solchen Zustand, der mit den schwersten Nachteilen vor allem für die arbeitenden Klassen verbunden sein muß, nicht zu übernehmen. Sie muß diese Verantwortung denjenigen Parteien des Reichstages übertragen, die durch ihre Beschlässe im herbeizuführen. Namens der Reichsregierung habe ich daher die Erklärung abgegeben, daß

Regierung entschlossen ist, nicht zurückzutreten.

„Ebenfalls hört Herr Winterung im Laufe und Verlauf der Verhandlungen“ beschloß sich zuerst mit dem Reichstagsabgeordnete. Es müsse eine Staatsentscheidung da sein, die insofern die volle Autorität aufrechtzuerhalten. Eine Reichsregierung, die sich das Gegenstück eines Reichsministeriums bediene, müsse geändert werden. Für das Ausland bildeten die Dinge, die er hier vorbringen wollte, nicht wenig. Das Reichsministerium habe eine sogenannte „Zwangsregierung“ zu bilden, die sich bei dem Reichstag durch Verträge zwischen den Reichsregierungsvertretern und Moskau abgeben. „Im 1925 seien für die „ZS“ jährlich etwa 70 Millionen (Geldmark) gezahlt worden. Das beste auf eine unentgeltliche Beschäftigung des Reichsministeriums mit Kapital und in eine Industrieindustrie im Ausland zu schaffen. In den Verträgen mit Russland sei der General Gasse beteiligt, der mit falschem Namen unterzeichnet habe.“

Deutschnationale und Bismarck verlassen den Saal  
(Große Unruhe rechts und links: „Anerkennung, Lumpen!“ Graf Bessler: „Das ist Landverrat!“) Unter großer Erregung verlassen die Deutschnationalen und Bismarck den Saal.

Abg. Scheidemann (Zs.) vorstehend: Mit Genehmigung des Reichsministeriums seien Vortragsstoffe über militärische Ausbildung in Arbeitsverbänden gehalten worden. Dazu gehörten die Reichsregierungsvertreter und Angehörige der Reichswehr. Angesichts würden nur ganz rechtschaffene Offiziere, das Ministerialbürokraten seien angeordnet sein einzuziehen. Seit dem Frühjahr 1925 habe man Reichsregierungsvertreter durch Ausbildung in die Vaterländischen Verbände. Der Redner wies dann auf die Entschlossenheit des Reichsministeriums hin, die Reichswehr zu reorganisieren. Die Reichswehr habe sich in der Reichswehr befunden. Das Ergebnis sei die heutige Lage. Deshalb verweigere die Sozialdemokratie die Übernahme des Reichsministeriums gegen die gesamte Reichsregierung einbringen.

Die Regierung vertritt die Reichswehr.

Reichstagsabgeordnete Dr. Marx verliest eine Regierungserklärung zu den Reichsverträgen, in der es heißt:  
Die Regierung lehnt die Verfassung der Reichswehr ausdrücklich ab. Den Reichswehrrangfähigen ist die Zugehörigkeit zu den sog. Wehrverbänden streng untersagt. Ebenso ist die Annahme von Spenden durch die Reichswehr verboten. Der Etat der Reichswehr kann in der Form, wie er gewöhnlich wird, vorgelegt werden.

Über die Rede des Abg. Scheidemann kann ich nicht so sehr der Kanzler für, nur mein allerhöchstes Bedauern ausdrücken. Gemündliche Zustimmung bei den Regierungsparteien. Die Vorwürfe des Abg. Scheidemann liegen so weit zurück oder haben sich in so außerordentlichem Maße verändert, daß ich ihre Vorwürfe nicht mehr als wichtig ansehe. Ich muß in der Lage sein, mich gegen die Vorwürfe des Abg. Scheidemann eine Anzahl von Punkten vorzutragen, die der Reichsregierung von einem Reichstagsabgeordneten des Abg. Scheidemann vorgelegt worden sind und deren ungenügende Prüfung die Reichsregierung zugelassen hat. (Ebenfalls hört Herr Winter) Bei vielen Fällen ist die Unrichtigkeit der Behauptungen erwiesen.

Ich hätte es für eine selbstverständliche Pflicht der Reichsregierung, mit aller Bestimmtheit zu erklären, daß sie einen Zweifel an der Zweckmäßigkeit und Zweck der Reichswehrrangfähigkeit nicht, sondern die Reichswehr nur wie vor als unverlässliches Instrument der Reichsregierung betrachte.

(Ebenfalls Zustimmung rechts und bei den Regierungsparteien.) Auf Antrag des Abg. Guckard wird darauf die Sitzung auf eine Stunde unterbrochen, um den weiteren Gelegenheiten zur Stellungnahme der Regierungserklärungen und zur Rede Scheidemann zu geben.

### Der deutschnationale Redner.

In Beginn der neuen Sitzung wurde ein Antrag des staunmüthigen Ständes abgelehnt, der verlangte, Herrn Scheidemann noch eine Stunde Redezeit zu geben, damit er seine Ansicht über Verhandlungen zwischen Ausland und der Reichswehr vorlegen könne.

Abg. von der Ehrenburg (Dn.) gab dann eine Erklärung ab, in der es heißt, der Deutsche Reichstag sei durch die Maßnahmen des Abg. Scheidemann in der Schöpfung eines Verfassungskonfliktes geworden, das man in einer deutschen Volkserhebung bisher für unmöglich gehalten habe. Wäre die Behauptung Scheidemanns wahr, so wäre damit der Zustand des Landes berräts in jeder Hinsicht erfüllt. Die Deutschnationalen seien aber der festen Überzeugung, daß sie unmöglich seien. Unter dem Vorwande einer Einseitigkeit verjagte man aus der Reichswehr nur ein würdevolles Werkzeug einseitiger parteipolitischer Vertretungen zu machen.

Abg. Dr. Winter (Zs.) erklärte, er sei sich im Laufe der letzten Jahre bewußt gewesen, daß man mit Sozialismus keine vaterländische Politik machen könne. Heute spüre man den Druck Frankreichs, 1922 hätte man den wachsenden Druck Italiens an den deutschen Parteien gespürt, das den Druck nicht nur von Oberflächlichem, sondern auch von weiteren Zellen Schließens vorzutragen beabsichtigt. Der Redner kam dann auf die Reichswehr zu sprechen und wies hierbei auf die zahlreichen Bestimmungen des alten Reichsministeriums hin, die Reichswehrgenossen zum strengen Gehorsam gegen ihren Oberen Kriegsbefehl verpflichtet hatte. Diese altpolitische Zeit ist jetzt vorbei. Man solle es aber, die Regierung zu gehalten zu einem verfassungstrennen Zustand des neuen Staates. Daß der Weg über die Verträge der Weimarer Verfassung gehen solle, sei ein Wahnsinn.  
Abg. Winter (Zs.) sprach die Ansicht aus, Streifenmann habe jetzt die Verpflichtung, nachzutreten, welche Bestimmungen

der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund bisher erfüllt habe.

## Sozialdemokratisches Mißtrauensvotum gegen die Reichsregierung.

Berlin. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat das gegen die Reichsregierung Dr. Winter bereits einseitig Mißtrauensvotum beschlossen. Das sozialdemokratische Mißtrauensvotum hat folgenden Wortlaut: Die Reichsregierung besitzt nicht das Vertrauen des Reichstages.

## Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Die Weihnachtsbeschlüsse für die Beamten.

Entsprechend dem Vorgehen des Reiches ist auch von den Ländern die Ausfertigung einer Weihnachtsbeschlüsse an die Beamten und Staatsarbeiter beschlossen worden. Neben Preußen werden auch Mecklenburg, Baden und Württemberg Weihnachtsbeschlüssen zustimmen. Der Finanzsenat des Reichsministeriums hat sich dementsprechend beschloß allerdings, die Mittel für die Aufwendungen zu Weihnachtsbeschlüssen für die württembergischen Beamten vom Reich anzufordern, da für die Länder nach den Vorarbeiten der Reichsregierung eine Zwangsfrage besteht. Politische Erhebungen bei der Olympia.

Nach Mitteilung des Berliner Polizeipräsidenten sind bei Angehörigen des aufgelösten Sportvereins Olympia Erhebungen darüber durchgeführt worden, ob die Organisation noch eine politische Tätigkeit ausübt. Die Ergebnisse der durchgeführten Erhebungen werden nach Abschluß der politischen Ermittlungen an die zuständigen Staatsanwaltschaft zur Strafverfolgung weitergeleitet werden. Wie der Polizeipräsident weiter mitteilt, sprechen nach seiner Auffassung für das Fortbestehen der Olympia verschiedene Umstände, insbesondere die, daß ein von der Olympia unterhaltenes Bureau besteht, das zeitweise aus dem „Deutschnationaler Schwarz-Weiß-Ver“ benutzt worden ist, zurzeit aber nur von zwei Angehörigen der Olympia, einem Major und einem Hauptmann, D. befehligt ist. Bei vier der in der Erhebung einbezogenen Beamten wurden Briefe gefunden, für die die Angehörigen nicht vorhanden war. Bei zwei Personen sind eine Reihe von Militärrechnungen und Stammbüchern vorgefunden worden, die nach Angabe der Befehlshaber aus Befehlen der Reichswehr an die Olympia zu Propagandazwecken ausgegeben worden seien sollen.

Zuschüsse an die Landesreise in Braunfelsheim.

Der Braunschweigische Landtag genehmigte nach langwieriger, ziemlich erregter Debatte gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Demokraten ein Gesetz über die Landesreise in Braunfelsheim. Das Gesetz bestimmt für 1927 ein Gesamtbudget von 250 000 Mark als Zuschüsse an die Landesreise in Braunfelsheim. Die Landesreise in Braunfelsheim ist eine öffentliche Veranstaltung, die seit 1871 in Braunfelsheim abgehalten wird. Die Landesreise in Braunfelsheim ist eine öffentliche Veranstaltung, die seit 1871 in Braunfelsheim abgehalten wird. Die Landesreise in Braunfelsheim ist eine öffentliche Veranstaltung, die seit 1871 in Braunfelsheim abgehalten wird.

Der Reichstag hat am 18. Dezember 1926 die dritte Lesung des Budgetgesetzes beschlossen. Das Budgetgesetz enthält die Mittel für die Aufwendungen zu Weihnachtsbeschlüssen für die württembergischen Beamten vom Reich anzufordern, da für die Länder nach den Vorarbeiten der Reichsregierung eine Zwangsfrage besteht.

Die Reichsregierung hat am 18. Dezember 1926 die dritte Lesung des Budgetgesetzes beschlossen. Das Budgetgesetz enthält die Mittel für die Aufwendungen zu Weihnachtsbeschlüssen für die württembergischen Beamten vom Reich anzufordern, da für die Länder nach den Vorarbeiten der Reichsregierung eine Zwangsfrage besteht.

Die Reichsregierung hat am 18. Dezember 1926 die dritte Lesung des Budgetgesetzes beschlossen. Das Budgetgesetz enthält die Mittel für die Aufwendungen zu Weihnachtsbeschlüssen für die württembergischen Beamten vom Reich anzufordern, da für die Länder nach den Vorarbeiten der Reichsregierung eine Zwangsfrage besteht.

Die Reichsregierung hat am 18. Dezember 1926 die dritte Lesung des Budgetgesetzes beschlossen. Das Budgetgesetz enthält die Mittel für die Aufwendungen zu Weihnachtsbeschlüssen für die württembergischen Beamten vom Reich anzufordern, da für die Länder nach den Vorarbeiten der Reichsregierung eine Zwangsfrage besteht.

Die Reichsregierung hat am 18. Dezember 1926 die dritte Lesung des Budgetgesetzes beschlossen. Das Budgetgesetz enthält die Mittel für die Aufwendungen zu Weihnachtsbeschlüssen für die württembergischen Beamten vom Reich anzufordern, da für die Länder nach den Vorarbeiten der Reichsregierung eine Zwangsfrage besteht.

Die Reichsregierung hat am 18. Dezember 1926 die dritte Lesung des Budgetgesetzes beschlossen. Das Budgetgesetz enthält die Mittel für die Aufwendungen zu Weihnachtsbeschlüssen für die württembergischen Beamten vom Reich anzufordern, da für die Länder nach den Vorarbeiten der Reichsregierung eine Zwangsfrage besteht.

Die Reichsregierung hat am 18. Dezember 1926 die dritte Lesung des Budgetgesetzes beschlossen. Das Budgetgesetz enthält die Mittel für die Aufwendungen zu Weihnachtsbeschlüssen für die württembergischen Beamten vom Reich anzufordern, da für die Länder nach den Vorarbeiten der Reichsregierung eine Zwangsfrage besteht.